

Wossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatl. 9,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postloshaben), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Zuzahlung

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig, Keine Verantwortlichkeit für Aufträge von unbekanntem, bestmöglicher Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärter 13 Pf.] - Nr 400

SONNABEND, 20. AUGUST 1932

ABEND-AUSGABE

Landtag am 1. September

Politische Aussprüche, aber noch keine Wahl des Ministerpräsidenten

Landtagspräsident Kerr hat nach seiner Rückkehr aus München den Preussischen Landtag auf Donnerstag, 1. September, 1 Uhr nachmittags, einberufen. Wie die Tagesordnung hat er die Mitteilung des Reichsanstalters von Papen über seine Bestimmung zum Reichskommissar von Preußen und über den Wechsel in der Leitung der preussischen Ministerien gefügt. Verbunden wird damit die Beratung der legislativ-demokratischen und kommunalpolitischen Anträge auf Aufhebung der Verbotsordnung des Reichspräsidenten über die Einsetzung des Reichskommissars und die Beratung mehrerer Anträge über die territorialistischen Autonomie, die in der Zeit nach dem 31. Juli verübt worden sind. Die Wahl des Ministerpräsidenten ist nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Erst im Weiteren, der sich am Tage der Plenarsitzung unmittelbar vor ihrem Beginn vernehmen will, soll die Entscheidung darüber fallen, wie lange der Tagungsabschnitt dauern wird und wann die Ministerpräsidentenwahl vorgenommen werden soll.

Es ist übrigens möglich, daß der Beginn der Tagung noch etwas hinausgeschoben werden wird, denn um diese Zeit findet gerade der diesjährige Kartoffeltag statt, und das Zentrum wird wünschen, daß den preussischen Landtagsabgeordneten die Teilnahme daran ermöglicht wird. Auch die Abgabe der auf den 16. und 17. August anberaumten Sitzung des Landtags ist damit begründet worden, daß in diesen Tagen eine gemeinsame Besprechung aller nationalsozialistischen Fraktionen stattfinden sollte (die aber dann nicht stattgefunden hat). Der gefühlswirksame Vorstoß der Zentrumsfraktion, daß, hätte darüber heute eine Besprechung mit dem Landtagspräsidenten Kerr.

Brüning in Deutschland

Die Einberufung des Preussischen Landtags gibt erneuten Anlaß zu der Frage, ob eine Verständigung zwischen Nationalsozialisten und Zentrum über den kommenden Chef der preussischen Regierung möglich und zu erwarten ist. Es liegen darüber einige Meldungen vor, die aber mit Vorbehalt aufzunehmen sind. U. a. wird behauptet, daß das Zentrum auf eine Wahl Dr. Brüning zum Preussischen Minister-

präsidenten hinarbeitet. Der frühere Reichsanstaltler war der Spitzenkandidat des Zentrums in den meisten Wahlkreisen, war sein meistbegehrter und wirksamster Redner, hat sich aber nach dem 31. Juli auffallend zurückgezogen. Von der Nationalliberalen Korrespondenz ist gestern berichtet worden, daß Dr. Brüning sei nach einer Unterredung, die er mit dem Reichswehrminister von Schleicher hatte, nach Rom abgereist, um den dort bekannt danielverlegenden Zentrumsführer Präsident Dr. Kaas zu sprechen. Dr. Kaas ist in Deutschland und Dr. Brüning ist auch nicht nach Rom gereist.

Wenn wir zutreffend unterrichtet sind, hat Dr. Brüning weder den Wunsch, in der nächsten Zeit aktiv hervorzutreten, noch sich an den Verhandlungen über eine Regierungsbildung im Reich und in Preußen zu beteiligen. Ob auf Wunsch des Präsidenten Dr. Kaas ein Versuch in der Parteiführung vorgenommen wird, steht noch dahin. Sollte eine Neuwahl erfolgen, dann wird kaum Dr. Brüning der Nachfolger von Kaas werden. Es ist nicht einmal anzunehmen, daß Brüning die Führung der Zentrumsfraktion im Reichstag übernehmen wird. Er hat sich offenbar eine andere Aufgabe in der Partei gestellt, der er sich widmen will.

Im übrigen ist zwar anzunehmen, daß in Preußen Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum aufgenommen werden, aber es ist, wie hier schon gesagt wurde, wenig wahrscheinlich, daß sie irgend ein Ziel führen werden.

Außerordentlich erschwerend fällt Sitters Haltung bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung im Reich ins Gewicht. Solange die Nationalsozialisten, die ausschließlich die Diktatur ihrer Partei als Regierungsprogramm verkünden, für sich das Recht in Anspruch nehmen, jede andere politische Bewegung nicht nur zu unterdrücken, sondern völlig zu vernichten, sobald sie an der Macht sind, solange haben Koalitionsverhandlungen keine Aussicht. Voraussetzung ist daher ein Verzicht der Nationalsozialisten auf die Diktatur, die Anerkennung, daß auch andere politische Bewegungen und Parteien existenzberechtigt sind, und daß an der Befreiung nicht gerührt werden dürfe. Für einen solchen Verzichtsprüfung in der Nationalsozialistischen Partei ist nach kein Anzeichen zu entdecken.

„Niobe“ — letzter Akt

Die Toten werden geboren

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KIEL, 20. AUGUST

Der letzte Teil der Bergungsaktion des verunglückten Schiffes „Niobe“ hat heute vormittag begonnen. Nachdem Taucher das Wrack abgeleitet hatten, wurden fünf Bergungsproben angelegt, durch die das Wasser aus dem Wrack herausgesaugt wurde. Es ist drei Minuten nach 10 Uhr, die Fregate der Bergungsdampfer „Kraft“ und „Wille“ gehen auf Palmsoll. Ein Taucher fördert die erste Leiche aus dem Schiffsinnen zu Tage, weitere folgen. Es ist ein taunziger Junge, der aus des Meeres Tiefe zur Oberfläche steigt. Auf See, wo sich zahlreiche Wasserflugzeuge eingefunden haben, sind Engelstädter angeordnet, in welche die Toten nach Genesamt eingewickelt werden. Klebe und Gipsblätter nehmen die Arbeit vor. Kleine Dampfer bringen die Körper zu den Bergungsschiffen und führen dann wieder die Leich nach Kiel, wo die Toten die letzte Ruhe finden werden. Flugzeuge mit schwarzen Wimpeln umtreiben die Stelle, an der das Bergungsboot vor sich geht.

Nun rednet damit, daß bis zum Abend sämtliche Leichen geborgen sein werden. Ihre Identifizierung wird bereits auf dem Bergungsdampfer vorgenommen. Jedoch wird die Liste der Toten erst dann veröffentlicht werden, bis die letzten Angehörigen sind.

Das Kiel fühl im Zeichen dieses erschütternden Ereignisses. Nicht nur die beliebtesten Geschäfte, sondern auch viele Privatbäcker haben Halbmaß geflasht oder kleiner

haben geflasht. Am Montag beginnen auf dem Garnfriedhof die Beerdigungen, zu denen auch Vertreter der Berliner Reichswehr-Bezörden erwartet werden. Auf dem Friedhof ist zur Befragung der Opfer der „Niobe“ der schönste Teil bestimmt worden, nämlich jene Stelle, an der sich das Ehrenmal für die zwölf Bergungsangehörigen des am 15. März 1918 untergegangenen U-Bootes „U. 100“ befindet. Zwei große Kränze, umgeben von Blüthen-Spenden und Kreuz-Geigen, werden die Plätze einnehmen. Von einer Rangstrecke werden die Trauerenden gehalten werden. So man mit einer Teilnahme von Tausenden rechnet, sollen die Gedächtnis-Ansprachen durch Lautsprecher verbreitet werden.

Gedächtnis-Angebühren der Toten sind bereits in Kiel eingeleistet. Die Marinebehörden bemühen sich um sie in den nächsten Stunden, bis der letzte Akt der „Niobe“-Trauerdie verflungen ist.

Das Brot wird billiger

Die in den letzten vier Wochen eingetretene Preissteigerung für Mehl hat die Brotpreise bedauerlicherweise zum kommenden Montag an die Brotpreise heraufgehoben. Das Weizenhalb-Pfund-Brot verküpfte sich um drei Pfennig und kostet also jetzt 42 Pfennig. Das große Brot zu 60 Pfennig wird für 60 Pfennig abgeben.

Sehr lange wird diese erfreuliche Entlastung leider nicht anhalten, da man schon wieder mit einem Anstieg der Mehlpreise rechnet. In diesem Fall würden sich die Preise wieder verändern.

E. P. D. in Opposition

Während an allen Ecken und Enden geflüstert wird, daß dem neuen Reichstag nicht allzuviel Arbeit beschieden sein wird, legt heute die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein ganzes Bündel von Anträgen vor, Gesessensanträge zu „brüninglichen Tagesaufgaben“, die Aufhebung der Papen-Rotverordnungen, Wiedereinführung der Winterhilfe, Arbeitsbeschaffung, Mäßigung der Arbeitszeit, Offenlegung der Steuerlisten, Erziehung der Fürsten-Absingung, Höchstbegrenzung von Gehältern und Pensionen. Außerdem legt die E. P. D. auf den Tisch des Saales „nicht weniger als fünf Beschlüsse“, die „den grundrühnlichen Umbau der Wirtschaft von der kapitalistischen Anarchie zur Planwirtschaft vorzubereiten“ sollen.

Das größte Thema behandeln die „grundrühnlichen“ Anträge, die neuerlich hier angebracht wurden. Es wollen die Wirtschaft umbauen durch Vereinfachung der öffentlichen Wirtschaft, Schaffung und Umbau von Staatsmonopolen, Schaffung eines Kartell- und Monopolamtes, einer Planstelle, die „die einheitliche Führung der öffentlichen Wirtschaft sichern“, die „Verstaatlichung weiterer Wirtschaftszweige vorbereiten“ und „in Gemeinschaft mit dem Banenamt und Kartell- und Monopolamt auf ein planmäßiges Zusammenarbeiten aller Glieder der Volkswirtschaft hinwirken“. Weitere Forderungen werden in spezialisierten Gesessensanträgen und in einer „Gesellschaftsgrundrühnlich“ aufzählung und den Weisungen als Unterdarlegung eine Reihe gewahrt werden, die sich nach der Höhe des in den Jahren 1929 bis 1931 durchschnittlich verzeichneten Einkommens aus dem enteigneten Großgrundbesitz bemisst. Die E. P. D. will die Wirtschaft in die aus öffentlichen Mitteln subventionierten Unternehmungen sollen verpackt werden, und zwar insbesondere der Bergbau, die Eisenindustrie, die sonstige Metallgewinnung, die Gaswerke und die Zementindustrie. Die Entschädigung soll hier „nach der tatsächlichen Ansetzung der Anlagen in den Geschäftsjahren 1921 bis 1931 erfolgen, höchstens jedoch zu den Höchstwerten von 1. Juli 1932“.

Und schließlich das dritte und wichtigste: das gesamte Bankgewerbe soll der Aufsicht und Führung durch das Reich unterstellt werden durch Verstaatlichung der Großbanken und Schaffung eines Bankensamtes. Die Verstaatlichung der Großbanken soll umfassen die Dresdener Bank, die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, die Commerz- und Privatbank, die Berliner Handels- und Creditbank, die Allgemeine Deutsche Creditbank. Die verstaatlichten Banken sollen unter Mitwirkung des Bankensamtes zu einer „Deutschen Staatsbank“ zusammengegliedert werden. Und hier sollen die Aktionäre eine Entschädigung erhalten, und zwar auf der Grundlage der Vorkurture der Aktien vom 1. Juli 1932. Die Aufgaben des Bankensamtes werden folgendermaßen bestimmt: es hat die Führung der öffentlichen und privaten Banken nach einheitlichen Richtlinien zu sichern. Zweck ist die Konzentration des Kapitals im Interesse der Gesamtwirtschaft“. Das Bankensamt soll Vorkurture über weitere Verstaatlichung von Banken machen.

Es soll also die „planmäßige Gemeinwirtschaft“ angebahnt werden. Kein Zweifel, daß diese Anträge und Gesessensanträge in manchen Kreisen eine heftige Aufregung verursachen werden: Haben wir es nicht immer genug gelüftet, wird es heißen. Mit den Sozist ist nicht zu leben. Kaum sind sie die Verantwortung los, da wird auch schon der Knüttel aus dem Sack gefallen. Und bei den derzeitigen Verhältnissen im Reichstag — wir haben eine qualifizierte antiparlamentarische Mehrheit — wird dieser Knüttel schreckliche Verletzungen anrichten. — Solche Aufregung wäre nicht ganz verständlich. Denn unerhöbt, und vor allem so unerhöbt neu sind die Forderungen der E. P. D. nicht. Das meiste davon ist aus dem sogenannten „Attentats-Programm“ der Freien Gewerkschaften, das noch kurzem veröffentlicht und auch in der „Wossigen Zeitung“ ausführlich behandelt worden, bekannt. Die Forderung nach Verstaatlichung des Bankensamt ist wiederholt in Kreisen erhoben worden, die keineswegs als Sozialisten angeprochen werden können. Und schließlich haben wir in der Verstaatlichung der Wirtschaft selbst bereits erhebliche praktische Erfahrung. Das Schema dafür hat der Staat unter Mitwirkung und Billigung der Wirtschaft im Laufe des letzten Jahres voll entwickelt. Die Banken wurden mit Hilfe des Staates saniert, die Schifffahrt wurde wieder belebend, die durch die Notmaßnahmen mit denen der Staat sich der Wirtschaft gegen den Ansturm der Entlastung bemüht, ist uns das alles fast geläufig geworden. Und